



## **Vorwort**

Die Anfänge der politischen Bildung, insbesondere das Motiv für die Gründung der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung in der Nachkriegszeit, waren durch den Anspruch seitens der Politik geprägt, dass politische Bildung die Demokratie im Bewusstsein der Menschen verankern und sie dadurch zu einem werteorientierten Handeln befähigen und bewegen sollte. Sie wurde als positive Form des Verfassungsschutzes verstanden. Während zuerst die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Vordergrund stand, rückte Ende der 50er Jahre zusätzlich die Abwehr der kommunistischen Ideologie in den Fokus. Politische Bildung sollte die Bevölkerung gegen totalitäre Versuchungen immunisieren. Hier manifestierte sich ein normatives, geradezu missionarisches Verständnis von politischer Bildung: Sie wurde als Instrument betrachtet, um antidemokratischen Gefährdungen vorzubeugen und Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit den Mitteln der Aufklärung und Bildung abzuwehren.

Im Zuge der voranschreitenden Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft hat sich die politische Bildung auch mit sich selbst auseinandergesetzt und damit eine weitere Dimension eröffnet. Im Laufe der virulenten Diskussionen, die in der Profession stattfanden, kristallisierte sich der Anspruch heraus, dass das Bildungsziel der politischen Bildung der mündige Bürger und die mündige Bürgerin sein müsse. Politische Bildung soll Wissen und Kompetenzen vermitteln, die es den Menschen erlauben, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbstbestimmt Entscheidungen zu fällen. Der politische Bildner soll nicht Urteile und Überzeugungen vermitteln, sondern eine eigenständige Auseinandersetzung fördern.

Zwischen diesen Polen ihres Selbstverständnisses bewegt sich die staatliche politische Bildung in der Demokratie. Sie ist einerseits unparteiisch darum bemüht, die Bandbreite politischer Positionen darzustellen und dem Einzelnen seine Entscheidung zu überlassen; sie ist dabei aber nicht wertneutral, son-

dern fußt gleichzeitig auf der normativen Grundlage von Demokratie, Toleranz und Menschenrechten. Politische Bildung ist nichts Statisches, sie muss vielmehr dazu beitragen, die Fähigkeit zur konstruktiven politischen Auseinandersetzung zu stärken und dafür neue demokratische Streitformen und neue Formen der öffentlichen Auseinandersetzung anregen und moderieren. Die politische Bildung muss mitten im Leben stehen und die Menschen dabei unterstützen, Gestaltungsräume zu erkennen und wahrzunehmen. Dafür haben wir in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen: Nicht mehr nur der Wissenstransfer steht im Mittelpunkt unserer Arbeit, sondern eine aktivierende politische Bildung, die vor Ort wirkt, Perspektiven erweitert, vernetzt und Aufmerksamkeit erregt, und deren Ziel die Partizipation und Handlungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger ist.

In der politischen Bildung geht es immer um die Frage, was ein politisch gebildeter Mensch wissen und können sollte. Die Europäisierung der Bildungsforschung und der Bildungspolitik haben zu Debatten geführt, die bildungstheoretische und didaktische Ansätze der politischen Bildung in Deutschland unmittelbar betreffen. Es ist eine dringliche Aufgabe, allgemeine und spezifische Kompetenzdefinitionen für die politische Bildung zu finden, Möglichkeiten der Wirkungsforschung auszuloten, Modelle der Zertifizierung zu diskutieren und das Verhältnis von formaler und nicht-formaler politischer Bildung zu klären.

Nach „Unsere Wirklichkeit ist anders – Migration und Alltag“ und „Politische Bildung in der Weltgesellschaft“ haben wir für diesen dritten Band in der Reihe „*Perspektiven politischer Bildung*“ Vertreterinnen und Vertreter der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit eingeladen, das eigene Fach in den Fokus zu nehmen und aus ihrer Sicht Profession und Proprium, Desiderata und Dispute der politischen Bildung darzustellen.

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Ich bin zuversichtlich, dass die Vielfalt der Beiträge hilft, eine breite Diskussion in unserem Fach anzustoßen.

Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb